

An die Bezirkshauptmannschaft
An den Stadtmagistrat



Konzessionsansuchen zur Ausübung der gewerbsmäßigen Beförderung von Personen mit PKW

| | | | |
|---|--|---|--|
| Familiennamenname | | Familiennamenname (zur Zeit der Geburt) | |
| Vorname(n) Akad. Grad, Bez. | | Staatsangehörigkeit Geschlecht | |
| Geburtsdatum, Geburtsort | | Sozialversicherungs-Nr. | |
| Wohnsitz (Postleitzahl, Gemeinde, Straße, Hausnummer) | | | |
| Telefonisch erreichbar (Vorwahl, Telefonnummer) | | E-mail | |
| Firmenbuchnummer. | | | |

Ich beantrage die Erteilung der Konzession
zur Ausübung der gewerbsmäßigen Beförderung
von Personen mit PKW
(Anzahl)

für das
Gästewagengewerbe

| | |
|---|-------------------|
| im Standort: Straße, Hausnummer (Büroadresse) | Postleitzahl, Ort |
|---|-------------------|

Hinweise zum Datenschutz

Zur Bearbeitung Ihres Anliegens bzw. zur Durchführung des Verfahrens werden personenbezogene Daten verarbeitet. Informationen zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten finden Sie unter:

<https://www.tirol.gv.at/buergerservice/datenschutz/>

| | |
|---------------|----------------------|
| Datum: | Unterschrift: |
|---------------|----------------------|

Beilagen

- Amtlicher Lichtbildausweis (Reisepass oder Personalausweis)
- Nachweis akademischer Grade und Standesbezeichnungen (nicht erforderlich wenn bereits im ZMR)
- Aufenthaltstitel (nur erforderlich für Staatenlose oder Nicht EU/EWR-Bürger)
- Wohnsitznachweis bzw. Meldebestätigung (nicht erforderlich bei aufrechtem Wohnsitz in Österreich)
- Erklärung über das Nichtvorliegen von Gewerbeausschließungsgründen
- Ausländische Strafregisterbescheinigung (nur erforderlich, wenn Hauptwohnsitz nicht länger als 5 Jahre in Österreich besteht; nicht älter als 3 Monate und im Original, ggf. mit deutscher Übersetzung)
- Nachweis über Abstellplätze (Erläuterung siehe unten)

Die Beilagen sind im Original
 gerichtlich oder notariell beglaubigt angeschlossen.

Diesem Antrag sind _____ Beilagen angeschlossen.

Erläuterungen zu den Beilagen

- **Nachweis für Abstellplätze**
Im Verfahren zur Erteilung einer Konzession im Gelegenheitsverkehrsgesetz sind entsprechend dem beabsichtigten Konzessionsumfang in der in Aussicht genommenen Standortgemeinde oder einer daran unmittelbar angrenzenden Gemeinde die erforderlichen Abstellplätze außerhalb von Straßen mit öffentlichem Verkehr nachzuweisen.